

Zeitung für Psychiatrie-Erfahrene in NRW

Lautsprecher

Heft 9
Juni 2005

Psychiatrie-kritisch und
unabhängig von der Psychopharmaka-Industrie

Wir behandeln hier nicht nur mit Psychopharmaka,
sondern auch mit Zwang



Europäischer Gerichtshof: **75.000€ für Vera Stein**

Ethikrat: **stationärer Zwang ist Verfassungsbruch**
Bangen um Bremen - Irre-führende Forschung

Editorial

Liebe Leser,

Man soll ja nicht genug danken können. Deshalb sei erwähnt: Swen hat Korrektur gelesen, Tillmann und Günther haben eingetütet, wieder. Und nebenbei, das Heft erscheint diesmal zum dritten Mal in Folge auch als PDF-Datei im Internet. Und Leser finden wir auch, und zwar keine gleichgültigen: Es sind 2 Seiten Leserbriefe. Allen Lesern sei der ausführliche Hintergrundbericht zum NRW-PsychKG ans Herz gelegt. Den vergangenen Selbsthilfetag findet man in diesem Heft mit einem eigenen Block, die Rede von Rene wurde fast vollständig abgedruckt. Wieder stellen wir eine SHG in unsere Serie vor: unter dem Titel „Hund & Katz“ schreibt ein Mitglied über die SHG „Psychose, Trauma, Depression“ aus Essen. Hinweise zum neuen Frauencafe in den Büroräumen in Bochum und die Hilfe bei Begutachtungen aus Bielefeld runden den Serviceteil ab. Unser Titelthema wird mit einem aktuellen Bericht aus Bremen und einem Hintergrundbericht „Irre-führende Forschung“ vertieft. Viel Spaß beim Lesen. Und wenn ihr Euch ärgert, dann ist die nächste Demo bestimmt im nächsten Heft unser Thema.

Gruß Jan

Impressum

Herausgeber LPE NRW e.V. im BPE e.V.

Redaktion Reinhild Böhme, Gabi Storb-Koch (V.i.S.d.P.) Jan Michaelis (jami, Titel und Fotos)

Beiträge, Artikel und Leserbriefe namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Auf Wunsch werden Beiträge unter Pseudonym veröffentlicht. Schriftliche Beiträge an die Redaktion behalten wir uns vor redaktionell zu bearbeiten.

Redaktionsanschrift Lautsprecher
c/o LPE-NRW e.V., Wittener Str. 87, 44 793 Bochum
Gegen Voreinsendung von 77Cent Rückporto sind einzelne Hefte nachzubestellen. Größere Stückzahl bitte telefonisch anfordern unter Tel. 0234/640 51 02
Auflage: ca. 800 Stück

Redaktionsschluss für Heft 10/2005: 15.08.05

Jahresabonnement:

kostenlos für Mitglieder des LPE-NRW e.V.

8 € für PE's, 16 € für Institutionen

12 € für Nicht-Erfahrene und gut verdienende PE's

12 € für Nichterfahrene und gut verdienende

PE's **Inhalt** Heft 9

Titel 1

Editorial/Inhalt/Impressum 2

Aktuelles/Leitartikel

Nachrichten 3

Kehrseiten 5

Blitzlicht 8

Selbsthilfetag

Renes Rede 9

Fritz Rede 11

Berichte aus den AG's 12

Kommentar und Stimmen zum SHT 13

Renes Rede Fortsetzung 14

Recht und Gesetz

Psych KG 15

Selbsthilfe

Betroffene berichten 18

Leserbriefe 20

Hund und Katz 22

Kultur&Unterhaltung

Bücher 23

Ärzte Blabla 24

Dr. Haase 25

Serviceteil

LPE/BPE/ Termine/Service 26

Karin Roth/Frauencafe 27

Kasse/Verteiler/Hilfe bei Begutachtung 28

Hinweis

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Wir freuen uns über jeden Leserbrief, nicht alle Zuschriften können abgedruckt werden.

Nachdruck auch Auszugsweise nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion alle Rechte vorbehalten

Jan Michaelis:

„Es braucht einen Lautsprecher, um der Welt seine Meinung zu sagen.“



Dauerprotest vor dem Deutschen Bundesrat

Bangen um Bremen

Ambulanter Zwang – Aufweichung des Gefahrenbegriffs

„Horror – Die Bremer CDU plant die ambulante Folter“, rot-schwarze Lettern auf weißem Grund verkünden den Widerstand der Psychiatrie-Erfahrenen vor der Bundesgeschäftsstelle der CDU in Berlin. Seit dem 9. Juni macht die 'Irrenoffensive' mobil, da bekannt wurde, dass die von der SPD initiierte Zurücknahme der ambulanten Zwangsbehandlung von ihrem Koalitionspartner CDU abgelehnt wird.

Anfang Mai waren die Berliner schon einmal im Dauerprotest: mit Erfolg. Nach fast zehntägigem Ausharren vor dem Deutschen Bundesrat versicherte Wolfgang Grotheer, rechtspolitischer Sprecher der Bremer SPD Fraktion auf einer Podiumsdiskussion dann öffentlich, seine Partei wolle die ambulante Zwangsbehandlung aus dem Gesetzentwurf nehmen. Zu dieser Veranstaltung hatten die Landesverbände Psychiatrie-Erfahrene aus Berlin-Brandenburg, Bremen, Niedersachsen und Nordrheinwestfalen am 11. Mai 2005 geladen.

Ausgelöst wurde der Wirbel um das Psychisch-Kranken-Gesetz (Psych. KG) durch Karin Röpke, Bremer Senatorin für Gesundheit, SPD.

In vier Entwürfen zur Änderung des Psych. KG's hatte sie versucht, auf geschickte Weise, die auf Bundesebene abgelehnte ambulante Zwangsbehandlung auf Landesebene in Bremen einzuführen. Auf den ersten Blick im Gesetz nicht erkennbar, wollte sie unter Täuschung der Öffentlichkeit ihre Gesetzesinitiative durchdrücken. Dabei ließ sie sich auch nicht von Thomas Saschenbreckers erstem Rechtsgutachten beeindrucken. In ihm hatte der Jurist

schon im Januar 2004 die Unvereinbarkeit der ambulanten Zwangsbehandlung mit dem Grundgesetz festgestellt. Am 4. März 2004 folgte dann auch der Bundestag der Argumentation Saschenbreckers und lehnte die Novelle parteiübergreifend ab.

Dennoch versucht Röpke nicht nur diesen Verfassungsbruch. Mit der Gesetzesänderung probiert sie gleichzeitig den nächsten: die Absenkung der Gefahrenabwehrschwelle .

„Bei einer gegenwärtigen Gefahr, die zeitlich nicht vorhersehbar, wegen besonderer Umstände jedoch jederzeit zu erwarten ist“, soll zwangsbehandelt werden „Das ist eine absolute Aufweichung des Gefahrenbegriffs. Alle sind immer gefährlich, ein typisches Schutzhaft-Ermächtigungsgesetz“, so urteilt Matthias Seibt vom Landesverband der Psychiatrie-Erfahrenen NRW in seinem Schreiben vom 8. Mai 2005 an den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Jens Böhrens.

Gegen die ambulante Zwangsbehandlung scheint die SPD dank der Argumentation der Psychiatrie-Erfahrenen und dem nunmehr zweiten Rechtsgutachten Saschenbreckers noch überzeugt zu sein. Damit die Sozialdemokraten unter dem Druck der CDU jedoch nicht kippen, muss bis zum 22. Juni, dem Tag der ersten Lesung in der Bremer Bürgerschaft „Alles getan werden, was sinnvoll und möglich ist“, so Ruth Fricke vom Bundesvorstand der Psychiatrie-Erfahrenen. *StK*
Irre Datei S. 4

Ethikrat einig mit weiten Teilen der Bundestagsfraktionen:

Stationärer Zwang ist Verfassungsbruch

Berlin In seiner Stellungnahme vom 2. Juni 2005 spricht sich der Ethikrat des Deutschen Bundestages für die Rechtsverbindlichkeit von Patientenverfügungen auch dann aus, „wenn der Krankheitsverlauf nicht irreversibel tödlich ist“. Damit rückt der Ethikrat von seiner bisherigen Position ab und wendet sich damit prinzipiell gegen die stationäre Zwangsbehandlung.

Aus verfassungsrechtlicher Sicht muss die Eigenverantwortung Vorrang vor der Fürsorge haben, auch „wenn die Entscheidung gegen die

medizinische Behandlung aus Sicht anderer unvernünftig erscheint“, so der deutsche Ethikrat. Er fordert daher, die Rechtsverbindlichkeit von Patientenverfügungen für Betreuer und Bevollmächtigte im BGB gesetzlich zu verankern.

Mit dieser Stellungnahme entspricht der Ethikrat im wesentlichen dem Gruppenantrag, der am 15. April 2005 von Teilen der SPD, der gesamten FDP, vermutlich erheblichen Teilen der Grünen und einzelnen Bundestagsabgeordneten

der CDU/CSU beschlossen wurde. Gleichzeitig hat die FDP einen analogen Antrag, den sie im Mai auf ihrem Bundesparteitag beschlossen hat, zu einer ersten Lesung in den Bundestag eingebracht.

Planmäßig sollte Ende des Jahres über die Verbindlichkeit von Patientenverfügungen entschieden werden. Mit der vorgezogenen Bundestagswahl ist der Zeitpunkt jetzt fraglich.

Quelle: Stellungnahme deutscher Ethikrat, Werner-Fuss-Zentrum

70.000 Euro für Vera Stein

Straßburg Am 16. Juni 2005 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg Deutschland zu einer Entschädigungszahlung von 75.000 Euro und zur Erstattung der Prozesskosten von 18.315 Euro verurteilt. Begründung: Deutschland verstieß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, als die damals 18 Jahre alte Klägerin gegen ihren Willen und ohne medizinischen Grund von 1977 bis 1979 zwei Jahre in einer Bremer Privatklinik interniert wurde. Das widerspräche dem Recht auf Freiheit und dem Recht auf Privatleben. Bücher S.23
Quelle: TV-Sendung Brisant

Irre Datei

Bremen Die Polizei ist gerade dabei, alle Personen, die schon einmal in der Psychiatrie waren, datentechnisch zu erfassen, das berichten Psychiatrie-Erfahrene aus Bremen. „Das macht uns Angst, denn wer kann alles diese Daten abfragen?“ so die Bremer Betroffenen. *Quelle: Die Irrenoffensive*

Irrer Gesundheitscheck

Der US-Bundesstaat Illinois überprüft die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahren. Das ist der Plan, der bereits Gesetz ist und von Gouverneur Blagojevich bereits 2003 unterzeichnet wurde. Auch schwangere Frauen sollen auf Depressionen getestet und ein Jahr nach der Entbindung

überprüft werden.

„Wer wird dafür bezahlt, und wer soll feststellen, wer geisteskrank ist oder nicht?“, fragen Kritiker und geben zu bedenken, „dass pharmazeutische Firmen davon enorm profitieren werden“. *Quelle: Die Irrenoffensive*